

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 3 Uhr bei dem folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Kassenbestellen 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. 50 Pf. Alle Bestellungen sind zu begleitender Zahlung zu machen. Einzelnummern 10 Pf. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10.

Wagenpreis: Die Spezialrate 20 Goldpfennig, die 4 getragene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2 getragene Teile 20 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharandt, Finanzamt Meißen.

Nr. 266. — 84. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag, 15. November 1925

Wirken für die Zukunft.

(Um- und Ausblicke.)

Der Reichspräsident, der eine Reise nach Süd-Deutschland unternommen hat, um den Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt sozusagen einen Antrittsbesuch abzustatten, ist überall nicht nur mit den ihm gebührenden Ehren empfangen, sondern jubelnd begrüßt und außerordentlich gefeiert worden. In den Reden, die er bei dieser Gelegenheit halten mußte, konnte er als Staatsoberhaupt auf politische Einzelfragen nicht eingehen, er hat nur in seiner schlichten, würdigen Art betont, wie bitter not es uns tut, aus der inneren Zerrissenheit herauszukommen, weil nur „Gemeinschaftsgefühl und der Geist dienender und opfernder Vaterlandsliebe der Vöden sind, auf dem wir eine bessere Zukunft aufbauen können“. Er durfte die Überzeugung mit sich nehmen, daß wenigstens der Gedanke der Reichseinheit und -einigkeit, deren Repräsentant er ist, über allen Parteihader den Sieg davonträgt und festhält. Nicht nur für ihn, sondern für alle Deutschen ein Trost im Leid und ein Hoffnungsquell. So sollte sich das Wirken für die Zukunft gestalten.

Auch der Reichskanzler, der in der Wahl seines Stoffes größere Freiheit hat, hat in den letzten Tagen wieder einmal Gelegenheit gehabt, vor der Öffentlichkeit zu reden. Da er im Verein Deutscher Kaufleute und Industrieller sprach, war es für ihn gegeben, daß er in seinen Ausführungen wirtschaftliche und finanzielle Fragen erörterte. Weiter verteidigte er die Reichsregierung gegen den Vorwurf mangelnder Führung und schließlich ging er auf die alles beherrschende Frage des Vertragswerks von Locarno ein. Allein Neues hierüber mitzuteilen, war nicht in der Lage; er konnte nur wiederholen, daß die abgültige Entscheidung darüber erst möglich sei, wenn der Geist von Locarno sich in Taten äußert habe, und daß dann auch erst die innerpolitischen Entscheidungen gewagt werden könnten, die durch den Austritt der Deutschen aus der Regierung erforderlich geworden wären. Mit anderen Worten: Alles bleibt ungewiß, bis über die „Nüchternungen“ Klarheit gewonnen ist.

Wann werden die Alliierten diese so notwendige Klarheit geben? Man hatte damit gerechnet, daß es am vergangenen Donnerstag geschehen würde, aber im letzten Moment ist dann wieder eine Verzögerung eingetreten; wie behauptet wird, weil unsere Regierung, darüber unterrichtet, was ihr mitgeteilt werden sollte, dies nicht für genügend erachtete. Das klingt nicht unwahrscheinlich, da die Gegenseite sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, daß die „Nüchternungen“ erst nach endgültiger Annahme der Verträge in die Erscheinung treten sollten, während wir vorher wissen wollen, woran wir sind. Nun soll, um zwischen diesen einander geradezu ausschließenden Anschauungen zu vermitteln, nach einem Kompromiß gesucht worden sein, daß die deutsche Regierung in Schriftform über die Absichten der Entente erhält. Ob das genügen würde, um die Opposition bei uns zu beschwichtigen, ist allerdings fraglich. Immerhin zeigt sich hier ein Ausweg, den man in London, Paris und Brüssel wohl beschreiten könnte, ja, nach den Gesetzen der Logik beschreiten müßte.

Die Tatsache, daß man in London für die ersten Tage des Dezembers Vorbereitungen im denkbar größten Ausmaß trifft, um die mit der Unterzeichnung der Verträge beauftragten fremden Staatsmänner festlich zu empfangen, daß sogar ein Festmahl beim Königspaar im Buckinghampalast vorgesehen ist, zu dem nicht nur die Minister, sondern auch ihre Frauen eingeladen werden sollen, zeigt deutlich, daß man dort ein Scheitern der Verträge für vollkommen ausgeschlossen hält. Denn wenn man irgendwelchen Zweifel hegte, würde man nicht den Hof in Bewegung gesetzt haben. Die Alliierten wissen aber, nachdem sie ihnen hundertmal gesagt worden ist, daß die Zustimmung des Deutschen Reichstages nur zu erreichen ist, wenn er ausreichende Sicherheit erhält, daß der Geist von Locarno sich in einer für Deutschland günstigen Weise auswirken werde. Das läßt keinen anderen Schluß zu, als daß man uns, sei es auch erst im letzten Augenblick, diese Sicherheit geben will; wobei freilich immer noch die Frage offen bleibt, ob das, was man drüben für ausreichend hält, auch hier als ausreichend angesehen wird.

Es ist eine Lücke des Zufalls, daß wir gerade jetzt, wo wir danach trachten, zu einer Verständigung mit unseren kühnen Feinden zu kommen, in einen Konflikt mit Spanien geraten mußten, das uns Wohlwollen auch dann bekundete, als sich fast die gesamte übrige Welt gegen uns wandte. Der Wirtschaftskrieg ist ausgebrochen, während unsere Handelsverträge mit Rußland und Italien in jenseitigen Gebieten sind, daß der Reichstag, wenn er am 20. November wieder zusammentritt, sie sofort beraten kann. Spanien hat deutsche Waren mit einem Zuschlag von 80% auf seine Höchstzölle belegt und die Einfuhr nach einem Teil seiner Besitzungen ganz gesperrt. Das ist ein harter Schlag für die deutsche Wirtschaft, und es gewährt nur geringen Trost, den Spaniern vorhalten zu können, daß sie mit ihrem Vorgehen sich selbst am meisten schaden, weil die spanische Ausfuhr nach Deutschland viel größer

Der Notenwechsel in der Entwaffnungsfrage.

Paris, 14. November. Nach einem Havasbericht aus London werden die Alliierten unverzüglich auf die letzte deutsche Note antworten. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten werden mit größter Schnelligkeit geführt, da die Räumung Kölns am 1. Dezember auf jeden Fall beginnen soll. Die letzte deutsche Note, die Völkischer v. Hoesch Briand übergeben habe, gebe eine längere Erläuterung zu den fünf Punkten des vierten Teiles der deutschen Note vom 23. Oktober.

Rücktritt des polnischen Gesamtkabinetts.

Warschau, 14. November. Nachdem der Staatspräsident die Demission des Kabinetts, die ihm von Grabski überreicht wurde, abgelehnt hatte, trat das Kabinett sofort zu einer Sitzung zusammen. Nach längeren Verhandlungen wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Gesamtdemission des Kabinetts aufrechtzuerhalten. Dieser Beschluß wurde dem Staatspräsidenten mitgeteilt, der die Gesamtdemission annahm. Damit ist das Kabinett endgültig zurückgetreten.

Ratay mit der Kabinettsbildung betraut

Warschau, 14. November. Der Staatspräsident hat heute abend den Präsidenten des Sejm Ratay mit der Bildung der Regierung beauftragt. Wie verlautet, wird er den Versuch machen, sich mit den Minderheiten zu verständigen. Er soll bereit sein, den Minderheiten große Zugeständnisse zu machen. Ueberhaupt ist das Stimmverhältnis im Sejm so, daß eine feste Mehrheit nur eine solche Regierung haben kann, die es versteht, die Unterstützung der Minderheiten zu sichern.

Der chinesische Ministerpräsident gefangen.

Mobilmachung der japanischen Flotte. Die letzten Nachrichten, die über London aus China imactroffen sind, kimmern darin überein, daß sich in Pe-

king ein neuer Umsturz vollzogen hat, in den Einzelheiten gehen sie allerdings auseinander. Jedenfalls hat Fengyuhsiang die Macht in Peking an sich gerissen. Der bisherige Ministerpräsident Tzuangschijui ist von ihm gefangen gesetzt worden, nach anderen Meldungen soll sich Tzuang in die ausländischen Niederlassungen in Tientsin geflüchtet haben. Eine Anzahl von Tschangschifolin eingesehter hoher Beamter ist zurückgekehrt und aus Peking geflüchtet. Zwischen Fengyuhsiang und Tschangschifolin stehen schwere Kämpfe bevor.

Nach der Zeitung „North China Daily News“ ist der Präsident Tzuangschijui tatsächlich der Gefangene Fengyuhsiangs. Der Zivilgouverneur von Hunan, der einflussreichste Anhänger Fengyuhsiangs, soll sich den verbündeten Armeen angeschlossen haben. Nach einer Meldung aus Peking sollen mehrere Mitglieder des Kabinetts zurückgetreten sein. Mehrere Beamte, die auf Tschangschifolins Seite gestanden hätten, seien aus der Hauptstadt geflüchtet.

Die japanische Regierung hat in einer Sitzung des Kabinetts beschlossen, die Marine in den Zustand der Kampfbereitschaft zu versetzen, um jederzeit insstande zu sein, zum Schutze der japanischen Staatsbürger in China ringreifen zu können, sobald der christliche General Fengpen von ihm seit langer Zeit geplanten Staatsstreich verübe.

Die Peking Regierung gegen Wupeifu.

Die chinesische Regierung erläßt eine Anordnung, worin Wupeifu als Rebelle und Anführer bezeichnet und Fengyuhsiang beauftragt wird, gegen ihn vorzugehen. In der Anordnung wird ferner erklärt, daß die militärischen Maßnahmen zum Schutze der friedlichen Grundgesetze der Zentralregierung zuwiderlaufen. Tschangschifolin wird angewiesen, die Eisenbahn Tientsin-Peking zu verteidigen. Die Anordnung versucht anscheinend Tschangschifolin und Fengyuhsiang miteinander zu versöhnen. Inzwischen räumen die Truppen Fengyuhsiangs die Kasernen in und um Peking und ziehen sich in der Richtung auf Kaigan zurück, während die Truppen Tschangschifolins von drei Seiten gegen Peking vorrücken.

jurter Stadion. Abends wurde im Opernhaus ebenfalls auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten „Figaro“ gegeben. Am späten Abend trat der Reichspräsident die Rückreise nach Berlin an.

Reichsparteitag des Zentrums.

z. Kassel, 14. November. Der Reichsparteitag beginnt heute mit einer Sitzung des Reichsparteivorstandes und mit Beratungen des Hauptverbandes der Jugendorganisation des Zentrums, des Verbandes der Wandhorts-Bünde Deutschlands. Die Verhandlungen des Reichsparteivorstandes werden vom Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx geleitet. Die Verhandlungen der Wandhorts-Bünde werden vom Reichstagsabgeordneten Joss und dem Chefredakteur Dr. Buchta geführt. An die Verhandlungen des Reichsparteivorstandes schließt sich am Sonntag — ebenfalls unter Leitung von Marx — die Sitzung des Reichsparteiaussschusses. Es war zuerst angenommen worden, daß an den Verhandlungen des Reichsparteiaussschusses auch Reichskanzler a. D. Dr. Wirth teilnehmen würde. Wie man jedoch aus parlamentarischen Kreisen hört, wird das nicht der Fall sein. Danach soll Dr. Wirth die Absicht haben, erst am Sonntag abends in Kassel einzutreffen, um dann am Montag vor dem Plenum des Reichsparteitages zu erscheinen.

Reichstagsarbeit.

Berlin, 13. November. Mit dem Beschluß des Astenrats des Reichstages, diesen am 20. November zusammenzuberufen, ist die so lange besprochene Frage erledigt. Zwar werden die beiden ersten Tage der Parlamentsarbeit noch nicht der Locarnofrage gewidmet sein; zunächst sollen die Handelsverträge mit Rußland und Italien zur Behandlung kommen. Erst für den 23. November ist der Beginn der Auseinandersetzung über die von Locarno entstandenen Vertragsentwürfe vorgesehen. Bis dahin wird, wie man annimmt, ein juristisches Gutachten darüber vorliegen, ob die Annahme des Vertrages von Locarno eine Verfassungsänderung bedeutet, oder also eine Zweidrittelmehrheit für sie erforderlich ist oder nicht.

Bekanntlich wird vorausgesetzt, daß der Umfang der „Nüchternungen“ im Anfang der nächsten Woche bekannt sein wird, zumal eine entsprechende Rede des britischen Außenministers Chamberlain für Dienstag angekündigt ist.

In Paris sprach der französische Außenminister Briand vor der Auslandskommission des Senats über die Ergebnisse des Paktes von Locarno. Auf eine Frage erwiderte Briand, daß der Pakt von Locarno keine Ergänzung des Versailler Vertrages sei. Briand ist davon überzeugt, daß die Sicherheitsgarantien, welche Frankreich durch

ist als die deutsche nach Spanien. Es liegt auf der Hand, daß wir die Komplikation nicht ruhig hinnehmen werden, sondern zu Gegenmaßnahmen greifen müssen. Der Reichsrat hat denn auch bereits sein Einverständnis damit erklärt, daß die von der Regierung in Aussicht genommene beträchtliche Erhöhung der Zölle auf die wichtigsten spanischen Waren alsbald in Kraft gesetzt werde. Wenn er zugleich dem Wunsch Ausdruck gab, den für beide Teile unerfreulichen Zustand so schnell als möglich zu beseitigen, so befindet er sich jedenfalls mit der Reichsregierung und mit dem deutschen Volke in Übereinstimmung. Mirus.

Hindenburg in Süddeutschland.

Der Besuch in Darmstadt. Reichspräsident von Hindenburg hat Karlsruhe am Donnerstag abend verlassen, nachdem er zuvor im badischen Staatsministerium den Tee eingenommen hatte, zu dem u. a. auch Dr. Eßener geladen war. Von Karlsruhe begab sich der Reichspräsident nach Darmstadt, wo er wieder mit brausenden Hochrufen empfangen wurde. Besonders herzliche Ovationen wurden dem Reichspräsidenten dargebracht, als er vor der „Traube“ den Wagen verließ und sich in das Hotel begab. Auch später zogen noch große Menschenmassen am Hotel vorbei, um ihrer Verehrung für den Reichspräsidenten durch Hochrufe Ausdruck zu geben. Im Hotel selbst fand um 8.30 Uhr ein einfaches Abendessen im engsten Kreise statt, bei dem zwischen dem Reichspräsidenten und dem Staatspräsidenten Ulrich kurze Trinksprüche gewechselt wurden.

Im Alten Palais fand am Freitag ein großer Empfang statt, bei dem Staatspräsident Ulrich auf die Leiden hinwies, die Hessen durch die Befehung zu erdulden habe. Ferner sprach Landtagspräsident Adelnung und Oberbürgermeister Blasing. In seiner Erwiderung gab Reichspräsident von Hindenburg der Hoffnung Ausdruck, daß die schlimmsten Zeiten nummehr überstanden sind, und daß die in Locarno angebahnten Verhandlungen u. a. dazu führen mögen, dem besetzten Gebiet und in ihm auch dessen Befreiung von den schlimmsten Lasten zu verschaffen und die zum Leben notwendige Bewegungsfähigkeit wiederzugeben.

In Frankfurt's Mauern.

Von Darmstadt begab sich der Reichspräsident nach Frankfurt a. M. Er fuhr vom Bahnhof aus direkt zu dem alten Frankfurter Rathaus im Römer, wo im Kaiser-saal der offizielle Empfang stattfand. Daran schloß sich ein Frühstück im intimen Kreis. Nachmittags besuchte der Reichspräsident auf seinen besonderen Wunsch das Frank-